

# Antrag zum 93. Landeskongress

Antrag 416

93. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW  
Borken, 26.-27. Oktober 2019

Antragsteller: Westfalen-Crew (BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-West, BV Münsterland, BV Westfalen-Süd)

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 93. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden - Europas Antwort 2 auf Systemrivale China

3

4 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit beispielloses wirtschaftliches  
5 Wachstum. Als Junge Liberale begrüßen wir es, dass Millionen von Chinesen auf diese Art und Weise den  
6 Weg aus der Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

7

8 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation feststellen,  
9 dass das Land in puncto Marktöffnung nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel mehr noch hat das  
10 Jahrhundertprojekt der *Neuen Seidenstraße* den Anspruch, neben der Stärkung des globalen und  
11 wirtschaftlichen Einflusses, das politische System Chinas in all seinen Facetten und mit all seinen Werten  
12 weltweit zu etablieren. Mit der *One Belt, One Road Initiative* hat die Volksrepublik China den Anspruch,  
13 zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges eine neue ideologische Alternative zu Demokratie,  
14 Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit weltweit zu etablieren – auf kurz oder lang wird sich Europa  
15 diesem Systemkampf stellen müssen.

16

17 Die Jungen Liberalen konstatieren, dass weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Europäische  
18 Union bisher eine ausreichende, geschweige denn umfangreiche Antwort auf Chinas Ansprüche liefert.  
19 Wollen wir aber auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit  
20 stärken, ist eine klare außenpolitische Haltung zu China notwendig.

21

22 Die Jungen Liberalen fordern deswegen:

23

### 24 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf China

25

26 Weder die Europäische Union, noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne völlige Einheit gegenüber  
27 China ein Gesprächspartner auf Augenhöhe.

28

29 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie das vom chinesischen  
30 Außenministerium ins Leben gerufene 16+1 Format, haben eine Pflicht, sich nicht nur an europäische  
31 Gesetze und Regeln zu halten, sondern auch, zur Wahrung gesamteuropäischer Interessen,  
32 ausschließlich in Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten sowie der europäischen Kommission

33 Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird ebenfalls zur Transparenz und Akzeptanz der  
34 gegenseitigen Interessen beitragen.

35

## 36 **2. The New Great Game - Eine Europäische Konnektivitätsstrategie**

37

38 Die *One Belt, One Road Initiative* der Volksrepublik China ist das ambitionierteste Infrastrukturprojekt des  
39 21. Jahrhundert. Mit Hilfe dieser Initiative hat Xi Jinping den Anspruch, China zu nichts weniger als dem  
40 neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen kommunizierte "Win-Win-Projekt für alle" nimmt  
41 schon jetzt global massiven Einfluss auf die politische Lage.

42

43 Auf dem europäischen Kontinent hat China mit dem Hafen in Piräus den einzigen Tiefwasserhafen  
44 zwischen Sueskanal und Bosporus gekauft. Nicht nur geographisch gesehen war der Kauf ein Coup für  
45 China: Die Investitionen führten dazu, dass Griechenland gegen eine Abgabe eines gemeinsamen  
46 europäischen Statements zur Menschenrechtslage in China im UN-Menschenrechtsrat stimmte.

47

48 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose finanzielle Abhängigkeit geschaffen,  
49 wie etwa das Beispiel Laos offenbart. Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer Banken werden durch  
50 politische Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos China im Kreise der ASEAN-Staaten schon jetzt  
51 den Rücken frei, wenn es um zweifelhafte Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht.

52

53 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur *OBOR-Initiative* von  
54 dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es einer europäischen Konnektivitätsstrategie, die an klaren  
55 Standards orientiert ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den europäischen Kontinent  
56 noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie den europäischen Ansatz für eine nachhaltige  
57 Konnektivität weltweit etablieren.

58

59 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise erschöpfende, Maßnahmen sollten in einer  
60 europäischen Konnektivitätsstrategie unbedingt berücksichtigt werden:

61

62 · Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und Afrika

63

64 · Ausbau der digitalen Netze weltweit

65

66 · Ein Handlungskonzept für Zentralasien

67

68 · Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika

69

70 · Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

71

72 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend von der chinesischen  
73 OBOR-Initiative unterscheiden. Intransparente Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von  
74 ausschließlich nicht-heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

75

76 **3. Europäische Investitionskontrolle**

77

78 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der deutschen  
79 Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer Technologie sowie kritischer Infrastruktur.  
80 Eine weitere europäische Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven Schutz vor  
81 Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die eingeführte Meldepflicht für  
82 Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die europäische Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig  
83 muss die Prüfungsbefugnis der Kommission auch die Beschränkung und Untersagung von Investitionen  
84 beinhalten.

85

86 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

87

88 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist abzulehnen. Deutschland  
89 darf sich nicht durch den Ausverkauf von Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu China begeben. Wie weit die  
90 Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige Infrastruktur an China verkauft, ist am Beispiel  
91 Griechenlands ersichtlich: China hält mittlerweile hohe Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den  
92 Hafen Piräus in Staatshand. Griechenland fällt es in der Folge immer schwerer, sich bei gemeinsamen  
93 europäischen Entscheidungen gegen den chinesischen Staat zu wenden.

94

95 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

96

97 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive Investitionskontrolle innerhalb des  
98 Unionsgebiets muss die europäische Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße der  
99 Volksrepublik vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den Eintritt in den  
100 chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer  
101 Firmen dar, sondern unterstützen im Rahmen von Dual-Use-Technologien auch den chinesischen  
102 Sicherheits- und Militärapparat. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit, unzulängliche Transparenz und  
103 mangelhafte Investitions- und Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin  
104 fordern wir die Aufhebung des "Joint-Venture-Zwangs" für Schlüsselindustrien.

105

106 **6. Internationale Gewässer schützen**

107

108 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das Südchinesische Meer, wodurch sowohl  
109 der de jure als auch der de facto Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist.  
110 Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika, die  
111 internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer sowie die internationale Schifffahrt durch militärische  
112 Präsenz vor der Vereinnahmung Chinas zu schützen. Deutschland sowie die Europäische Union sollen  
113 zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN für eine gemeinsame Positionierung bezüglich der  
114 Territorialansprüche im Südchinesischen Meer vermitteln.

115

116 **7. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

117

118 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit der größten Kaufkraft weltweit  
119 ist die Volksrepublik China immer noch Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir finden: Das Geld  
120 inklusive seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert. Die Jungen Liberalen setzen  
121 sich deswegen für eine vollkommene Abschaffung der Entwicklungshilfe für China ein.

122

## 123 **8. Keine Toleranz der Intoleranz**

124

125 Die Menschenrechtslage in Tibet und Xinjiang ist nach Einschätzung weltweiter Experten katastrophal.  
126 Kritischen Stimmen und Berichterstattung wird durch Einreiseverweigerung in die genannten Regionen  
127 aber ein Riegel vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen Gegenseitigkeit wollen wir jenen  
128 chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische Union verweigern, die EU-Diplomaten,  
129 Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den Zugang zu Tibet und Xinjiang verwehren. Hier muss die  
130 Europäische Union klar nach dem Prinzip "keine Toleranz der Intoleranz" handeln.

131

## 132 **9. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

133

134 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten Auslieferungsgesetzes an  
135 China in Hongkong zeigen, mit welchen starken Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der  
136 Sonderverwaltungszone Hongkong auf Jahre hinaus zu rechnen ist.

137

138 Für uns Junge Liberale ist dabei klar, dass wir hinter der Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das  
139 Streben nach Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir verurteilen jegliche  
140 Eingriffe Chinas in die Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und solidarisieren uns mit den  
141 Demonstrierenden in Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes  
142 zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der Achtung aller weiteren in der  
143 "Basic Law" garantierten Grundrechte sind berechtigt. Gemäß der *Sino-British Joint Declaration* stellen sie  
144 eine völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Die internationale Gemeinschaft muss aus  
145 diesem Grund auf die Einhaltung jener völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

146

147 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung der gewaltsamen  
148 Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem Zusammenhang muss ebenfalls geklärt werden, ob  
149 China durch Polizisten und V-Männer vor Ort Demonstranten blutig niedergeschlagen hat.

150

## 151 **10. Bekenntnis zu Taiwan**

152

153 Die Jungen Liberalen setzen sich für die volle völkerrechtliche Anerkennung Taiwans ein. Ebenfalls fordern  
154 wir eine weitere Vertiefung der Beziehungen über transnationale Organisationen und der Kooperationen in  
155 Forschung und Wissenschaft.

156

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 93. Landeskongress am 26.-27. Oktober 2019 in Borken.*